

gionsgemeinschaft, nicht nur in den christlichen Kirchen nicht, sondern angesichts des Phänomens Saddam und seiner unterschiedlichen Wirkungen auf die muslimische Bevölkerung im arabischen Raum auch im *Islam* nicht. Und selbst unter *Juden* beurteilen Theologen und Rabbiner – je nach Einstellung zum Staat Israel und zum Nahostproblem – insgesamt den Krieg keineswegs einheitlich.

Auch *katholische Bischöfe* – Ergebnis einer beachtlichen friedensethischen Sensibilisierung seit dem Zweiten Vatikanum – äußern sich nicht nur reichlich in Interviews und Hirtenworten, sondern formulieren keineswegs nur kompatible Positionen, zeigen beträchtlich Temperament und machen unterschiedliche politische Standorte sichtbar. Während z. B. der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, vor vorwiegend soldatischem angelsächsischem Publikum vor „zu einfachen Parolen“ warnte und feststellte, der Golfkrieg sei „kein Krieg der Amerikaner“, sondern „eine Verstrickung, in die alle hineingenommen sind, die im Namen der UNO kämpfen“, griff nicht nur der evangelische Bischof *Gottfried Forck* (Berlin-Brandenburg – Region Ost) auf der großen Friedenskundgebung in Bonn nicht nur die amerikanische Führung, sondern auch die UNO heftig an und warf Präsident *Bush* indirekt vor, Maßstäbe *Saddam Husseins* anzuwenden oder ihnen wenigstens zu erliegen. Aber – viel auffallender – schon Tage vorher rief der Vorsitzende der amerikanischen Pax-Christi-Bewegung, Weihbischof *Thomas Gumbleton*, heftig dazu auf, die „Unmoralität“ am Golf zu beenden und ermunterte amerikanische Soldaten zur Wehrdienstverweigerung. Und größere kirchliche Gruppen, in denen auch katholische Bischöfe vertreten waren, folgten ihm darin.

Was für Seitenverkehrtheiten, möchte man da meinen angesichts mancher Diskussionen über „Antiamerikanismus“ unter deutschen Rednern und Demonstranten, wußte man nicht, was diesseits und jenseits des Atlantik wirkliche Volksmeinung ist. Aber sol-

che Seitenverkehrtheiten gibt es in noch größerem Stil auch andersherum. Während *der Papst* als der unermüdlichste und unerbittlichste Warner vor dem und Mahner während des Golfkriegs sich keineswegs auf die Formulierung ethischer Grundsätze beschränkte, sondern von Anfang an zu erkennen gab, die Amerikaner und ihre Verbündeten seien auf dem falschen Weg („Abenteuer ohne Wiederkehr“, „überstürzte Kriegstermine“), fand der *Rat der EKD* anders wiederum als der Ökumenische Rat der Kirchen, dessen Vollversammlung im australischen Canberra (vgl. ds. Heft, S. 144) in den ersten Tagen gegen alle Planung völlig in das Spannungsfeld des Golfkrieges geriet, zu einer auffallend mäßigenden, stark auf die Bedrohung Israels gerichteten Haltung.

Neben solchen nach Temperament und politischem Standort religiöser Führer und kirchlicher Gremien unterschiedlichen Appellen fallen freilich die alten, wohlbekannten gesinnungsethischen Stereotypen auf: *Der Krieg ist zu verwerfen, dieser Krieg ist ein gerechter Krieg*, nichts rechtfertigt *diesen Krieg*, Krieg sei heute kein Mittel der Politik mehr usw., und auch scheinbar präzise, kasuistisch erarbeitete moralische Beurteilungen („Dieser Krieg war vermeidbar“, „Der Zeitpunkt für den Krieg als letztes Mittel war noch nicht gegeben“), die eine moraltheologische Urteilskraft ausstrahlen, von der man sich fragt, worauf sie sich stützt.

War denn ein Krieg je gerecht? Waren Kriege, auch solche mit minderer Zerstörungskraft als sie heute mit der fortgeschrittenen Waffentechnologie auch „konventionelle Kriege“ entwickeln, jemals ein Mittel zur Lösung politischer Konflikte? Und wer kann so glasklar mit moraltheologischer oder kirchenamtlicher Autorität sagen: dieser Krieg war vermeidbar, das Embargo hätte bewirkt, was es bewirken sollte: die Zähmung des Aggressors? Und was heißt vermeidbar? Jeder Krieg ist letztlich vermeidbar, fragt sich nur, mit welchen Folgen, was umgekehrt für den Fall des Krieges natürlich auch gilt. Waren da der Erzbischof von Westminster, *Basil Kardinal Hume*, der im Gegensatz zum

Oberhaupt der Anglikanischen Gemeinschaft, Erzbischof *Robert Runcie*, sich aller Rechtfertigungsattribute enthielt und den Golfkrieg als „bestenfalls eine tragische Notwendigkeit“ bezeichnete, und der hannoversche Landesbischof *Horst Hirschler*, der öffentlich danach fragte, ob der Golfkrieg womöglich nicht ein „schrecklicherweise nötiger“ sei, und von evangelischen Pfarrern dafür verbal gesteinigt wurde, nicht näher am Kern des moralischen Problems?

Natürlich dürfen Kriege nach Gottes Willen und menschlicher Einsicht nicht sein, und dennoch verhalten sich einzelne Machtausübende und die erbsündlich belastete Menschheit in ihren verschiedenen Populationen immer wieder so, daß, um möglicherweise Schlimmeres zu verhüten, einem Aggressor auch bewaffnet begegnet werden muß, ohne daß im letzten die Folgen so abgeschätzt werden können, daß moralisch eine Rechtfertigung oder gar Gewißheit daraus werden kann, das Richtige – und sei es auch im Sinne des geringeren Übels – getan zu haben. Wer das nicht bedenkt, wird immer in Gefahr sein, moralische Autorität zu verlieren und politische nicht zu gewinnen, ob er nun redet oder schweigt. se

Reformunwillig?

Die Schwierigkeiten mit der Reform deutscher Diözesangrenzen

Nachdem Anfang Januar zunächst der emeritierte Erfurter Neutestamentler *Heinz Schürmann* in einem Beitrag für den „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“ mit nachdrücklicher pastoraler Begründung eine möglichst baldige Neuregelung für den Bereich der ehemaligen DDR angemahnt und für die Einrichtung eigener Diözesen in den Jurisdiktionsbezirken plädiert hatte (vgl. HK, Februar 1991, 100), die im Auftrag Roms von mit bischöflichen Vollmachten ausgestatteten Apostolischen Administratoren geleitet werden, die aber formalrechtlich noch Teil westdeutscher Diözesen sind, hat

Berlins katholischer Bischof *Georg Sterzinsky* sich kurz darauf noch deutlicher geäußert. Nach einem nachgeholt Rombesuch deutete er in einem Gespräch mit seinem Bistumsblatt Mitte Januar an, Rom plane „eine Neuordnung der Diözesen in Deutschland“ und „die Bildung einer Kirchenprovinz in den neuen Bundesländern“.

Damit legte Bischof Sterzinsky aus Berliner Blickwinkel offen, worüber in Rom und notgedrungen auch in Bonn und in den davon direkt betroffenen Diözesen nachgedacht wird: Über die Neuordnung deutscher Diözesangrenzen. Indirekte Reaktionen aus dem Vatikan und aus der Deutschen Bischofskonferenz bestätigen solche Überlegungen. Zugleich wurde zu erkennen gegeben, daß man über die öffentlichen Bekundungen Sterzinskys nicht besonders glücklich ist. Zwar ist allen klar, daß im Falle der Jurisdiktionsbezirke in der ehemaligen DDR der heutige Zustand getrennter bischöflicher Vollmachten in formalrechtlich ein und derselben Diözese nicht dauern kann. Aber Interessen und Blickwinkel sind nach wie vor verschieden. Die einen wollen die Selbstständigkeit, die anderen die möglichst rasche Wiedereingliederung von Erfurt-Meiningen, Magdeburg und Schwerin in die Mutterdiözesen, damit die Wiederherstellung des status quo ante.

Schon diese Frage ist delikat, so daß man selbst in den betroffenen Jurisdiktionsbezirken die Hinweise Sterzinskys herunterzuspielen suchte. Noch delikater ist jede Verbindung einer Regelung in den östlichen Bundesländern mit einer *gesamtdutschen Neuordnung*. Zwar ist auch eine solche seit langem im Gespräch. Schon im Rahmen der Gemeinsamen Synode in Würzburg in den siebziger Jahren waren Vorschläge ausgearbeitet worden. Sie wurden damals aber mit dem Argument abgewiesen, eine solche Neuregelung sei angesichts der Teilung Deutschlands schon aus politischen Gründen inopportun. Nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands entfällt dieses Argument. Aber die Bereitschaft, an eine

Gesamtreform zu gehen, ist kaum größer geworden.

Der Bischofskonferenzvorsitzende, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, hat vor einiger Zeit die Möglichkeit einer Gesamtneuordnung zwar mit viel Vorsicht einmal angedeutet und im Norden beginnend ein schrittweises Vorgehen empfohlen. Aber bald war auch von solchen Andeutungen nichts mehr zu hören. Der deutsche Episkopat hat sich auf der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung (vom 18. bis 21. Februar in Bensberg bei Köln) u. a. auch mit den Diözesangrenzen befaßt. Er beschränkte sich aber auf die Einsetzung einer Studienkommission, die den „Status der Jurisdiktionsbezirke im Bereich der ehemaligen Berliner Bischofskonferenz“ prüfen soll. Offenbar ist an eine septisch reine „kleine Lösung“ gedacht, die sich auf das ehemalige DDR-Territorium beschränkt. Auch wenn jederzeit eingestanden wird, die deutschen Diözesanumschreibungen seien weitgehend Zufallsprodukte geschichtlicher Willkür, am Volumen der je eigenen Diözese will keine Diözesanverwaltung und auch kein Bischof rütteln.

Die Aussichten, daß es in absehbarer Zeit zu einer Gesamtreform kommt, sind also nach wie vor nicht großartig. Dennoch sollte die Sache nicht ewig auf die lange Bank geschoben werden. Die Gelegenheit ist einmalig günstig. Wenn eine Gesamtreform, dann jetzt, wo die Jurisdiktionsbezirke im östlichen Teil Deutschlands ohnehin neu geregelt werden müssen. Sonst wird man sich für absehbare Zeit zu keinem ähnlichen Schritt mehr entschließen. Die Umschreibung von Diözesen ist gewiß nicht das Wichtigste im kirchlichen Leben. Und wir sind die letzten, die kirchliche Organisationsstrukturen überschätzen. Aber erstens geht es nicht nur um Grenzkorrekturen zwischen einzelnen Diözesen, sondern um die eminent pastorale Frage, *in welcher Größenordnung* eine Ortskirche sich noch als solche erfährt. Die meisten deutschen Diözesen sind nach Bevölkerung oder nach Ausdehnung oder nach beidem zu groß. Die Vermehrung von Weihbischöfen ist keine Lösung. Der mögliche Weg über Re-

gionalbischöfe wird überwiegend nicht genutzt. Um so mehr empfiehlt sich *Aufteilung und Verkleinerung*. Das Argument, kleinere Diözesen seien nicht lebensfähig, sie könnten sich alle für eine Ortskirche notwendigen Einrichtungen gar nicht leisten, ist kein Argument dagegen. Priesterseminare, Akademien u. a. können auch im Verbund unterhalten werden.

Zweitens gerät eine Kirche, die schon an ganz praktischen Aspekten einer Organisationsreform, wie es eine Neuumschreibung von Bistumsgrenzen ist, scheitert, leicht in Verdacht, überhaupt *reformunwillig* zu sein. Positiv formuliert: Organisationsreformen sind oft ein Test für Reformfähigkeit überhaupt. Die Kirche in Deutschland, deren Stärke mehr in Organisation und Verwaltung als in geistiger und geistlicher Lebendigkeit liegt, tut sich da besonders schwer. Um so wichtiger ist der Test.

Und drittens wird kein Bischof sich gerne dem so fast nur auf Deutschland(-West) beziehbaren Vorwurf aussetzen, er zögere bei Grenzverschiebungen oder Neuaufteilungen z. B. deshalb, weil es je nach örtlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur kirchensteuerträchtigere und kirchensteuerschwächere Landstriche gibt. Möglicherweise ist aber überhaupt nur ans Ziel zu kommen, wenn im Einvernehmen mit Rom eine unabhängige Kommission eingesetzt würde, auf deren Votum sich die Bischöfe im wesentlichen vorweg verpflichteten. Vermutlich ist anders eine pastoral wünschenswerte und grundlegende Reform überhaupt nicht möglich. se

Geistesgegenwärtig

Zum Tode des früheren Jesuitengenerals Pedro Arrupe

Der am 5. Februar 83jährig in Rom verstorbene ehemalige Jesuitengeneral *Pedro Arrupe* war – vielleicht neben dem Prior der Gemeinschaft von Taizé, *Roger Schutz* – der bekannteste und angesehenste Ordensobere der letzten 25 Jahre. Das lag auch an sei-